

## Neue Regierung in Bosnien und Herzegowina – Startschuss für Reformen?

**Knapp 15 Monate nach den Wahlen gelang es den führenden politischen Parteien, sich über den Ministerrat von Bosnien und Herzegowina zu einigen. Bei einem Treffen am 28. Dezember in Sarajevo erzielten die Parteivorsitzenden den entscheidenden Kompromiss. Demnach fallen das Außenministerium, Ministerium für innere Sicherheit, Verteidigungsministerium sowie das Ministerium für Verkehr und Kommunikation den bosniakischen Vertretern zu. Das Ministerium für Finanzen, Außenhandel und wirtschaftliche Beziehungen sowie das Ministerium für zivile Angelegenheiten erhalten die Serben. Die Kroaten konnten sich neben dem Vorsitz des Ministerrats das Ministerium für Menschenrechte und Flüchtlinge sowie das Justizministerium sichern. Auch der Name des künftigen Vorsitzenden des Ministerrats ist bekannt. Es handelt sich um Vjekoslav Bevanda (HDZ BuH). Bevanda war in der letzten Legislaturperiode Finanzminister der Föderation Bosnien und Herzegowina. Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die neue Regierung die anstehenden Reformen rasch anpacken kann. Der designierte Ministerratsvorsitzende gibt sich zuversichtlich.**

### HDZ erhält den Spitzenposten

Die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ BuH) mit ihrem Vorsitzenden Dragan Covic sicherte sich den Vorsitz im Ministerrat. Diesen Erfolg hat die Partei Milorad Dodik zu verdanken. Sie hatte in dem Präsidenten der Republika Srpska (RS) und Vorsitzenden der „Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD) einen Fürspre-

cher gefunden. Dodiks Kalkül war klar. Indem er die HDZ unterstützte, versuchte er den Zugriff seines Konkurrenten, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (SDP), Zlatko Lagumdžija, auf diesen Posten zu verhindern. Die SDP hatte mit ihrem „Plattformbündnis“<sup>1</sup> im Juli 2011 versucht, einen Kandidaten für den Vorsitz gegen den Willen der SNSD durchzusetzen. Der parteilose Universitätsprofessor Slavo Kukic, ein Kroat, fiel jedoch bei der entscheidenden Abstimmung im Parlament durch. Er scheiterte am so genannten „Entitätstivotum“. Das Nein-Votum der SNSD war ausschlaggebend.<sup>2</sup>

Kukics Scheitern machte deutlich, dass ein Kompromiss zwischen SDP und SNSD unausweichlich war, um den neuen Ministerrat zu bilden. Beide Parteien hatten bei den Wahlen im Oktober 2010 die meisten Sitze im Parlament erhalten (jeweils 8 von 42), jedoch eine Zusammenarbeit stets ausgeschlossen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Um ihre Machtposition in den Koalitionsverhandlungen zu verbessern, schlossen SDP und SNSD Bündnisse. Während die Sozialdemokraten die sogenannte „Plattform“ gründeten und dafür die „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA), die „Partei des Rechts“ (HSP) und die Partei „Durch Arbeit zum Erfolg“ (NSRzB) gewannen, schloss die SNSD von Milorad Dodik ein Abkommen mit der „Serbischen Demokratischen Partei“ (SDS). Darüber hinaus sicherte Dodik sich die Unterstützung der „Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft BuH“ (HDZ BuH) sowie der HDZ 1990.

<sup>2</sup> Sabina Wölkner: Bosnien und Herzegowina, neuer Ministerrat in Sicht? KAS-Länderbericht Juli 2011, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_23512-1522-1-30.pdf?110808101211](http://www.kas.de/wf/doc/kas_23512-1522-1-30.pdf?110808101211)

<sup>3</sup> Ursache war Zlatko Lagumdžijas (SDP) Bestreben, ein Regierungsprogramm zu verabschieden. Im Mittelpunkt stand der Wunsch nach einer strukturellen Verfassungsreform, die die gesamtstaatlichen Institutionen stärkt. Hier war der Kon-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## BOSNIEN UND HERZEGOWINA

SABINA WÖLKNER

4. JANUAR 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Das jüngste Treffen am 28. Dezember in Sarajevo unterstrich jedoch die Erkenntnis, dass an der Einigung beider Parteien kein Weg vorbei führt. Die SDP erklärte sich bereit, einen HDZ-Politiker für den Vorsitz im Ministerrat zu akzeptieren. Gleichzeitig nahm der HDZ-Vorsitzende Covic von seinem Vorschlag Abstand, der früheren Föderationspräsidentin, Borjana Kristo, den Posten zu geben und schlug einen neuen Kandidaten vor.<sup>4</sup> Es handelte sich um Vjekoslav Bevanda (HDZ BuH). Bevanda, ein erfahrener Banker, war in der letzten Legislaturperiode Finanzminister der Föderation Bosnien und Herzegowina, die Entität des Landes, in der überwiegend Bosniaken und Kroaten leben. Er hatte sich in dieser Funktion parteiübergreifend Respekt erworben. Dies hat etwas zu heißen. Die Föderation war in den letzten Jahren vom Streit zwischen den bosniakisch und kroatisch dominierten Parteien so gut wie gelähmt. Der Vorsitzende der SDP, Zlatko Lagumdžija, unterstrich, dass der HDZ-Politiker angesichts seines finanzpolitischen Sachverständes ein ausgezeichnete Kandidat für den Vorsitz sei.<sup>5</sup> Dieser wies in einem Interview für die Tageszeitung *Dnevni List* darauf hin, dass seine wichtigste Aufgabe darin liege, Bosnien und Herzegowina aus der schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage zu führen. „Es gibt zwei Prioritäten: Die Verbesserung der ökonomischen Lage und die EU-Integration des Landes“, so der designierte Ministerratsvorsitzende.<sup>6</sup>

---

flikt mit Milorad Dodik (SNSD) unausweichlich. Eine solche Reform lehnte er entschieden ab. Dodik fürchtete, dadurch die Autonomie der Republika Srpska zu beschneiden.

<sup>4</sup> Kristo war für die SDP und ihre Bündnispartner inakzeptabel. Die SDA warf ihr vor, während der Amtszeit als Föderationspräsidentin die Arbeit der Regierung durch Blockadehaltung behindert zu haben. Za SDA Krišto neprihvatljiva, in Glas Srpske, 21.07.2011:

<http://www.glassrpske.com/vijest/2/novosti/60906/lat/Za-SDA-Kristo-neprihvatljiva.html>,

<sup>5</sup> Lagumdžija: Bevanda je veliko ohrabrenje na čelu VM i veliki stručnjak za financije (<http://www.dnevnik.ba/novosti/bih/lagumd%C5%BEija-bevanda-je-veliko-ohrabrenje-na-%C4%8Delu-vm-i-veliki-stru%C4%8Dnjak-za-financije>, in *www.dnevnik.ba*, 29.12.2011.

<sup>6</sup> Nadam se da ce svi kandidirati najbolje i da cemo krvavo raditi, Interview mit Vjekoslav Bevanda in der Tageszeitung *Dnevni List* vom 30.12.2011.

## Drohender Finanzkollaps als Motor

Bevandas Aussage verdeutlicht die vorrangige Ursache für die Regierungsbildung: Die finanziellen Probleme in Bosnien und Herzegowina. Der Gesamtstaat stand vor dem Kollaps. So lief die Frist für die Verabschiedung des Budgets des Landes Ende 2011 aus. Eine weitere Verlängerung des vorläufigen Haushaltes war nicht möglich. Damit standen die gesamtstaatlichen Institutionen vor dem Aus. Der Hohe Repräsentant von Bosnien und Herzegowina, Valentin Inzko, machte keine Anstalten, seine „Bonner Vollmachten“ zu nutzen und ein neues Budget zu oktroyieren und damit die Finanzierung zu sichern.<sup>7</sup> Zwar war die alte Regierung nach wie vor im Amt. Diese hätte einen Entwurf beschließen können. Allerdings wäre dieser im Parlament voraussichtlich gescheitert. Hierfür war ein Kompromiss zwischen SNSD und SDP unabdingbar. Auf ein Budget hatten sich die Parteien allerdings nicht einigen können. Ursache war, dass sie die Verabschiedung des Haushaltes von der Einigung über den künftigen Ministerrat abhängig machten. Die SNSD nutzte den drohenden Finanzkollaps, um den eigenen Forderungen in den Koalitionsverhandlungen Nachdruck zu verleihen. Dodik kritisierte die Ausgaben für die gesamtstaatlichen Institutionen. Die SNSD forderte die Reduzierung der Kosten.<sup>8</sup> Zwar liegen Dodik und seine Partei mit der Kritik nicht falsch. Das Land muss enorme Mittel aufwenden, um seine überdimensionierte Administration zu finanzieren. Allerdings dient sein Argument nur als Vorwand, um den eigentlichen Grund zu verschleiern. Dodik macht keinen Hehl daraus, dass er vom Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina nichts hält. Je weniger finanzstarke Institutionen der Staat hat,

---

<sup>7</sup> Vermutlich hatten einige Parteien auf Inzkos Intervention spekuliert. Der HR hatte zu Jahresbeginn 2010 das Budget der Föderation per Dekret verlängert. Decision Enacting the Decision on Temporary Financing of the Federation of BiH for the Period January-March 2011, Office of the High Representative, 26.01.2011, [http://www.ohr.int/decisions/econdec/default.asp?content\\_id=45733](http://www.ohr.int/decisions/econdec/default.asp?content_id=45733).

<sup>8</sup> SNSD-Abgeordnete Dusanka Majkic machte klar, dass ihre Partei ein solches Budget nicht mittragen werde. Vgl. SNSD-u smeta povecanije drzavnog budzeta, in: Radio Sarajevo, 22. Juni 2011, <http://www.radiosarajevo.ba/novost/56696/snsd-u-smeta-povecanije-drzavnog-budzeta>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BOSNIEN UND HERZEGOWINA**  
SABINA WÖLKNER

4. JANUAR 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

um so einfacher ist es für ihn, die Autonomie der Republika Srpska, die Entität mit überwiegend serbischer Bevölkerung, auszubauen. Und was der Präsident der RS auch verschweigt: In seiner Entität sieht die finanzielle Lage nicht besser aus. Auch dort wird das Geld knapp.<sup>9</sup> Dies hat Konsequenzen. Bei den Arbeitnehmern in den öffentlichen Unternehmen steigt die Unzufriedenheit. Proteste mehren sich.<sup>10</sup> Auch nimmt die Schuldenlast zu.<sup>11</sup> Zwar liegen diese im Vergleich immer noch niedriger als in den Regionen der Nachbarländer, allerdings stehen dort die politischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung günstiger. So konnte in Bosnien und Herzegowina 2011 ein Wirtschaftsaufschwung zwar verzeichnet werden.<sup>12</sup> Allerdings verschärfte der Streit in der Frage über die Bildung des neuen Ministerrats die hausgemachten Probleme. Bereits im Mai hatte die Ratingagentur Moody's wegen der politischen Unwägbarkeiten die Kreditwürdigkeit von Bosnien und Herzegowina her-

abgestuft. Das verstärkte den Abzug der ausländischen Direktinvestitionen.<sup>13</sup> Dies war auch in der RS spürbar.<sup>14</sup>

Unter diesen Voraussetzungen gelang es Bosnien und Herzegowina nicht, die notwendigen strukturellen Reformen umzusetzen. Dies monierte der Internationale Währungsfonds (IWF) bei seinem Besuch im Oktober. Er hatte die Verabschiedung einer Wirtschaftsstrategie und der Bildung eines Fiskalrats zur Bedingung für die weitere Auszahlung der Kredite gemacht.<sup>15</sup> Das Geld vom IWF ist für Bosnien und Herzegowina relevant, da es sich um quasi direkte Budgethilfen handelt. Das Abrufen der Mittel setzte einen neuen Ministerrat jedoch voraus.

Je näher das Jahresende rückte, um so deutlicher zeichnete sich der drohende finanzielle Kollaps des Gesamtstaates ab. Die damit verbundenen Konsequenzen hätten sich auch auf die Entitäten negativ ausgewirkt. Dies übte Druck auf die SNSD aus. Aber auch die SDP geriet in Bedrängnis. Zlatko Lagumdžijas Partei führt seit März 2010 in der Föderation die Regierungskoalition. Auch dort ist die finanzielle Lage alles andere als rosig.<sup>16</sup> Die Einigung der Parteien

<sup>9</sup> So wurde der Haushalt der Republika Srpska für 2011 im November des gleichen Jahres um 9,4 % bzw. 150 Mio. KM nach oben korrigiert. Der Haushalt für 2011 bezifferte sich auf 1,75 Milliarden KM (ca. 895 Euro). Allein die Ausgaben auf der Seite der persönlichen Einkünfte wurden um 68,8 Mio. KM erhöht. Gleichzeitig betrug die FDI dort nur noch 25. Mio. Euro. Zusätzlich gab es einen Anstieg der Arbeitslosigkeit (2008-2011) von 135.102 Arbeitslosen auf 145.343 Arbeitlose. Siehe: Usvojen rebalans budzeta RS za 2011-godinu, in: Nezavisne Novine, 3.12.2012, <http://www.nezavisne.com/novosti/bih/Usvojen-rebalans-budzeta-RS-za-2011-godinu-113312.html>, und Republika Srpska, Institute for Statistics, [http://www.rzs.rs.ba/Publikacije/Rad/BiltenStatistike\\_Plata\\_Zaposlenosti\\_i\\_Nezaposlenosti\\_Br3.pdf](http://www.rzs.rs.ba/Publikacije/Rad/BiltenStatistike_Plata_Zaposlenosti_i_Nezaposlenosti_Br3.pdf), 3.1.2012.

<sup>10</sup> Shareholders of Republika Srpska Railways (ZRS) reject financial consolidation, in: FIMA Morning News, Dec – 29, 2011, [http://world.seenews.com/news/FIMA\\_Morning\\_News\\_Dec\\_29\\_2011\\_170580](http://world.seenews.com/news/FIMA_Morning_News_Dec_29_2011_170580).

<sup>11</sup> So bezifferte sich die Gesamtverschuldung der Entität Ende 2010 auf ca. 3,6 Mrd. KM (41,5 Prozent des BIP der RS), Directorate for economic planning Bosnia and Herzegovina, Outlook Perspectives 2011 – 2013, <http://www.dep.gov.ba/naslovna/?id=1355>, 3.1.2012.

<sup>12</sup> Zwar nahm das Bruttoinlandprodukt des Landes nach dem Einbruch 2008/2009 wieder zu, allerdings basiert dieser Zuwachs auf einem Plus im Außenhandel. Dieser ist vom Handel mit den Ländern der Region und der EU abhängig. Sollte dort die Nachfrage zurückgehen, würde dies auch negative Konsequenzen für Bosnien und Herzegowina haben. Siehe: Directorate for economic planning Bosnia and Herzegovina, Outlook Perspectives 2011 – 2013, <http://www.dep.gov.ba/naslovna/?id=1355>, 3.1.2012.

<sup>13</sup> Nach der Analyse des IWF betrug die FDI 2010 insgesamt nur noch 49 Mio. Euro (2009: 177 Mio.). Siehe: Jahresbericht der Zentralbank Bosnien und Herzegowinas, [http://www.cbbh.ba/files/godisnji\\_izvjestaji/2010/GI\\_2010\\_bs.pdf](http://www.cbbh.ba/files/godisnji_izvjestaji/2010/GI_2010_bs.pdf), vom 3.1.2012; Allerdings: 2011 sind die FDI für 2011 im Vergleich zu 2010 gestiegen. (siehe hier das Bulletin 3/2011 der Zentralbank Bosnien und Herzegowinas [http://www.cbbh.ba/files/bilteni/2011/bilten\\_3\\_2011.pdf](http://www.cbbh.ba/files/bilteni/2011/bilten_3_2011.pdf) (Jan-Jun 2011: 181 Millionen KM).

<sup>14</sup> Zwar haben sich die FDI im Verlauf der ersten drei Quartale 2011 auf ca. 137 Millionen erneut erhöht (Daten des bosnisch-herzegowinischen Außenhandelsministeriums) Doch sind sie im regionalen Vergleich eher niedrig. Zum Vergleich: In Kroatien betrug die Auslandsinvestitionen 2009 ca. 2 Mrd. 2010 waren es nur noch 232,5 Mio. Euro, 2010 485,3. Vgl. Inozemna izravna ulaganja u Republiku Hrvatsku, in: Statistika Inozemnih Izravnih Ulaganja, 13.11.2011, [http://www.hnb.hr/statistika/h-statistika\\_inozemnih\\_izravnih\\_ul.htm](http://www.hnb.hr/statistika/h-statistika_inozemnih_izravnih_ul.htm).

<sup>15</sup> So hatte das Land mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Stand-by Arrangement für den Zeitraum von Juli 2009 bis Juni 2012 in Höhe von 1,2 Milliarden EUR unterzeichnet. Ministerium für Finanzen Bosnien und Herzegowinas, <http://www.mft.gov.ba/bos/content/view/466/162/>, 31.2.2012.

<sup>16</sup> Exemplarisch die Arbeitslosenzahlen: In der Föderation BiH waren 2009 173 000 Menschen arbeitslos (25,7%). 2010: 205 000 (25,7%), 2011: 198 000. In der RS, 2009: 94 000, 2010: 102 000

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## BOSNIEN UND HERZEGOWINA

SABINA WÖLKNER

4. JANUAR 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

vom 28. Dezember stellte deshalb einen wichtigen Schritt dar, um die finanzpolitischen Probleme des Landes in den Griff zu kriegen. Neben der Einigung über den neuen Ministerrat gelang es, den Streit über den Haushalt 2011 zu beenden und einen gemeinsamen Entwurf zu vereinbaren. Dieser wurde buchstäblich in letzter Minute am 30. Dezember von der Parlamentarischen Versammlung des Landes verabschiedet. Gleichzeitig wurde der vorläufige Haushalt 2012 beschlossen.<sup>17</sup>

### Gewinner und Verlierer

Der drohende Finanzkollaps beschleunigte nicht nur die Einigung über die Frage nach dem Vorsitz im Ministerrat. Auch die anderen Streitigkeiten konnten beigelegt werden. Im Zentrum des Konflikts stand der Posten des Außenministers. Der SDP-Vorsitzende Lagumdžija machte keinen Hehl aus seinem Wunsch, dieses Amt zu übernehmen. SNSD-Chef Dodik lehnte dies jedoch ab. Er wollte seinem Hauptkonkurrenten diese Chance unter allen Umständen entziehen. Er fürchtete Schaden für seine Partei. Die Angst war nicht unbegründet. Lagumdžija ließ keine Gelegenheit aus, um Dodik und die SNSD im Ausland zu kritisieren.<sup>18</sup> Doch die Finanzprobleme in der RS zwangen den SNSD-Vorsitzenden, seine Haltung zu revidieren. Zwar hatte Dodik bis zuletzt ein Nachgeben ausgeschlossen, beim Treffen in Sarajevo lenkte er jedoch ein und machte den Weg für ein SDP-geführtes Außenministerium frei.<sup>19</sup> Dodik ging für seine Kompromissbereitschaft nicht leer aus. Die

(23,6%), 2011: 105 000 (24,5%), in: Labour Force Survey 2011, final results, Agency for Statistics of Bosnia and Herzegovina, Sarajevo, November 2011, TB 10, ISSN 1840-104X.

<sup>17</sup> Usvojena odluka o privremnom finansiranju, in: Moje vijesti, 31.12.2011, <http://www.mojevijesti.ba/novost/109314/Usvojena-Odluka-o-privremnom-finansiranju>

<sup>18</sup> Lagumdžijas Partei hatte sich dafür stark gemacht, die Mitgliedschaft der SNSD in der „Sozialistischen Internationalen“ zu suspendieren. Die Partei des serbischen Präsidenten Boris Tadić hatte sich dem jedoch entgegengestellt. DS sprečio suspenziju Dodikove stranke: <http://www.vesti-online.com/Vesti/Ex-YU/148577/DS-sprecio-suspenziju-Dodikove-stranke>, in: vesti-online.com, 05.07.2011.

<sup>19</sup> Dogovoreno novo Vijeće ministara: <http://www.vecernji.ba/vijesti/dogovoreno-novo-vijece-ministara-rijeseno-pitanje-proracuna-clanak-360710>, in: vecernji.ba, 28.12.2011.

SNSD erhielt für ihr Nachgeben das Finanzministerium.<sup>20</sup> Darüber hinaus konnte Dodik das Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Entwicklung sichern. Und ob Zufall oder nicht: Am selben Tag stellte die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen Dodik ein.<sup>21</sup>

Die SDP erhielt das Ministerium für Verkehr und Kommunikation. Die Besetzung des Ministeriums mit einem SDP-Mitglied stellt für die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990“ (HDZ 1990) einen Rückschlag dar. Die Partei und Bündnispartnerin der HDZ von Covic hatte in der letzten Legislaturperiode den Minister für dieses Posten gestellt und hoffte diesen erneut zu erhalten.<sup>22</sup> Diese Erwartung erfüllte sich nicht. Die HDZ 1990 erhielt lediglich das Ministerium für Menschenrechte und Flüchtlinge. Auch das Justizministerium fiel an die Schwesterpartei HDZ.<sup>23</sup> Es wundert kaum, dass Božo Ljubić, Vorsitzender der HDZ 1990, mit den Verhandlungen unzufrieden war. Er drohte, seine Zusage zurückzuziehen. Allerdings wird Ljubićs Drohung kaum Wirkung entfalten. Die HDZ 1990 ist im Ministerrat ersetzbar. Die Partei von Covic (HDZ) steht bereit, die Lücken zu füllen.

<sup>20</sup> Es ist nicht auszuschließen, dass Dodiks Interesse sich von Beginn an auf das Ministerium für Finanzen richtete. Dies belegt folgende Aussage: "Imajući u vidu ono što dolazi u narednoj godini, a to su evropske integracije, ta pitanja će se najviše prelamati preko ovih ministarstava, a pogotovo preko Ministarstva finansija", naveo je Dodik, in: RS dobila ključna ministarstva, source.ba, 29.12.2011, <http://www.source.ba/clanak/682624874514/vijesti/Dodik:%20Republika%20Srpska%20%20dobila%20%20E2%80%9EkIju%C4%8Dna%E2%80%9C%20ministarstva/?ref=ostali>.

<sup>21</sup> Seit Februar 2009 lag die Strafanzeige vor. Dodik werden darin Korruption und Amtsmissbrauch vorgeworfen. Vgl. Adelheid Wölfel: „Die Krise wurde wieder nur verschoben“, in: derStandard, 29. Dezember 2011, <http://derstandard.at>

<sup>22</sup> Das Ministerium ist für Kroaten nicht unerheblich, da es eine koordinierende Funktion bei der Umsetzung der durch die Herzegowina verlaufenden so genannten „Trasse 5c“ hat. Die Strecke ist Teil des Paneuropäischen Verkehrskorridors Vc, der als Seitenkorridor vom Paneuropäischen Verkehrskorridor V (Kiew–Venedig) von Budapest nach Süddalmatien führt.

<sup>23</sup> Die Vorsitzenden Dragan Covic (HDZ BuH) und Božo Ljubić (HDZ 1990) schlossen im Dezember 2010 ein Bündnis. Die HDZ 1990 folgte der HDZ BuH in das „Dodik-Lager“. Sporazum HDZBiH i HDZ 1990: [www.hdzbih.org/e-dokumenti/doc.../14-sporazum-hdzbih-hdz1990.html](http://www.hdzbih.org/e-dokumenti/doc.../14-sporazum-hdzbih-hdz1990.html), in: hdzbih.org, 12.11.2010

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## BOSNIEN UND HERZEGOWINA

SABINA WÖLKNER

4. JANUAR 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Auch einige Mitglieder der „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA) von Sulejman Tihic zeigten sich nach dem Treffen enttäuscht. Ihre Partei erhielt das Ministerium für Innere Sicherheit und das Verteidigungsministerium. Sie hatten sich mehr erhofft.

Die HDZ gehört neben SNSD und SDP zu Gewinnern der Verhandlungen. Allerdings musste auch Covics Partei nachgeben. Es gelang ihm nicht, alle für Kroaten reservierten Posten für sich zu beanspruchen. Im Kern drehte sich der Streit um die Frage: „Wer ist ein legitimer Kroat?“ Während die HDZ darauf pochte, den alleinigen Anspruch zu haben, Kroaten in den Institutionen zu vertreten, betonte die SDP ihren multiethnischen Charakter. Auch die Sozialdemokraten sahen sich im Recht, die Posten zu besetzen.<sup>24</sup> Beim Treffen in Sarajevo einigten sich die Parteien auf eine Kompromissformel. Sie lautet: Auf drei HDZ-Kroaten folgt ein Kroat aus den Reihen der SDP. Der Großteil der Posten und Ämter in den staatlichen Agenturen und öffentlichen Unternehmen fällt damit an die HDZ-Parteien. Allerdings kommen bei dieser Lösung auch einige sozialdemokratische Kroaten zum Zuge. Der Kompromiss zwischen HDZ und SDP stellte einen entscheidenden Fortschritt in den Verhandlungen dar und räumte ein wichtiges Hindernis zur Bildung des Ministerrats aus dem Weg.<sup>25</sup> Nur wenige Medien kritisierten die Übereinkunft zwischen dem SDP-Chef und HDZ-Vorsitzenden. So warf die kroatische Tageszeitung *Dnevni List* Covic vor, mit der Aufgabe des alleinigen Vertretungsanspruchs die „nationalen Interessen der Kroaten in Bosnien und Herzegowina verraten zu haben“. Auch Lagumdžija

<sup>24</sup> Sporazum SDP i HDZBiH: <http://www.vijesti.ba/vijesti/bih/66168-Sporazum-SDP---HDZ-BiH-SDP-dobio-pet-hrvatskih-mjesta.html>, in *vijesti.ba*, 31.12.2011.  
<sup>25</sup> Die Verteilung der Posten regelten die beiden Vorsitzenden bis ins Detail. Die Entscheidung über die Besetzung der „Agentur für indirekte Besteuerung“ steht allerdings noch aus. Die Agentur stellt einen wichtigen Posten dar. Sie bündelt die Einnahmen des Mehrwertsteueraufkommens und verteilt diese auf die verschiedenen Landessubjekte. Weitere Informationen zur Vereinbarung zwischen Dragan Covic und Zlatko Lagumdžija, siehe: Donosimo detalje dogovora između SDP-a i HDZ-a, in: *Moje vijesti*, 30.12.2011, [www.mojevijesti.ba](http://www.mojevijesti.ba), <http://www.mojevijesti.ba/novost/109173/Donosimo-detalje-dogovora-između-SDP-a-i-HDZ-a>.

musste sich Vorwürfe anhören. Er habe den „multiethnischen Charakter seiner Partei preisgegeben“<sup>26</sup>.

Der Streit um die kroatischen Posten stellt nicht das einzige Problem dar. Auch zwischen SDP und SDA sowie SNSD und ihrer Bündnispartnerin, die Serbische Demokratische Partei (SDS), bestehen offene Fragen. Weitere Verteilungskonflikte sind zu erwarten.<sup>27</sup> Die Einigung am 28. Dezember stimmt allerdings optimistisch, dass Kompromissbereitschaft vorhanden ist. Nach dem Treffen in Sarajevo unterstrich Milorad Dodik: „Niemand hat alles bekommen, was er haben wollte, aber niemand ging leer aus.“<sup>28</sup>

### Neue Regierung – Startschuss für Reformen?

Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die neue Regierung in Bosnien und Herzegowina die Amtsgeschäfte rasch übernehmen kann.<sup>29</sup> Dies wäre für die EU-Annäherung des Landes wichtig. Im Kern geht es um die Erfüllung der Bedingungen für die Inkraftsetzung des Stabilitäts- und Assoziationsabkommens. Eine wichtige Voraussetzung ist die Verabschiedung des Gesetzes über eine erneute Volkszählung. Die letzte fand 1991 statt. Die Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich als Folge des Krieges jedoch stark verändert. Bisher sind alle Versuche gescheitert, ein neues Gesetz zu verabschieden. Die Ursache waren Differenzen über die Kriterien der Zählung. Seit

<sup>26</sup> Kapitlacija: Covic potpisao da je SDP i hrvatska stranka, in: *Dnevni list*, 30.12.2011, S. 2, sowie: Lagumdžija kapitulirao: Vjece ministara formirat ce tri nacionalna bloka po formuli 2+2+2, in: *Slobodna Bosna*, Nr. 790, 29.12.2011, S. 12ff.

<sup>27</sup> Die grundlegende Verteilung lautet: Die Bosniaken erhalten den Posten des Stellvertreters im Ministerium für zivile Angelegenheiten, im Finanzministerium sowie im Ministerium für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen, die Kroaten die Posten im Verteidigungsministerium, im Ministerium für Verkehr und Kommunikation sowie im Ministerium für Sicherheit. Insgesamt erhielten die serbischen Parteien mit vier Posten den größten Anteil, demgegenüber müssen sich die Bosniaken und Kroaten mit jeweils drei zufriedengeben.

<sup>28</sup> Sta su rekli stranacki lideri nakon dogovora o drzavnoj vladi, in: DEPO Portal, 28.12.2011, in: <http://depo.ba>

<sup>29</sup> Das Repräsentantenhaus der Parlamentarischen Versammlung muss Bevandas Ernennung billigen. Die Bildung des Ministerrats gilt es, innerhalb von 30 Tagen abzuschließen.



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## BOSNIEN UND HERZEGOWINA

SABINA WÖLKNER

4. JANUAR 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Monaten steckte der Entwurf in der parlamentarischen Warteschleife. Umstritten war der Artikel 48 des geplanten Gesetzes. Darin sollten die Angaben über Volks- und Religionszugehörigkeit erst dann berücksichtigt werden, wenn alle Flüchtlinge wieder an ihre Heimatorte zurückgekehrt sind.<sup>30</sup> Dies forderten die bosniakischen und auch einige kroatische Vertreter. Die RS-Serben lehnten das hingegen ab.<sup>31</sup> Beim Treffen in Sarajevo einigten sich die Parteien darauf, den umstrittenen Artikel aus dem Gesetzesvorschlag zu entfernen.<sup>32</sup>

Darüber hinaus gilt es, die von der EU mehrfach angemahnte Agentur zur Kontrolle von Staatshilfen zu errichten. Auch dieser Gesetzesentwurf lag seit Monaten im Parlament „auf Eis“. An der Errichtung einer solchen Agentur führt kein Weg vorbei. Sie ist eine grundlegende Bedingung für die Teilnahme Bosnien und Herzegowinas am gemeinsamen Markt. Auch hier verlief die Konfliktlinie zwischen den Vertretern aus der RS und Föderation. Die Serben sträubten sich gegen eine solche Agentur auf Gesamtstaatsebene, da sie um die Autonomie ihrer Entität fürchteten. Aber auch hier gelang es den Vorsitzenden, einen Kompromiss zu vereinbaren.<sup>33</sup>

Doch dies allein reicht nicht aus, um Bosnien und Herzegowinas EU-

Integrationsprozess eine neue Dynamik zu verleihen. Das Land ist gezwungen, das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 22. Dezember 2009 im Fall Sejdic/Finci gegen BuH<sup>34</sup> umzusetzen.<sup>34</sup> Die Entfernung der diskriminierenden Bestimmungen aus der Verfassung von Bosnien und Herzegowina gegen die so genannten „Anderen“ ist das A und O, damit Bosnien und Herzegowina nicht länger gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt.<sup>35</sup> Nach wie vor fehlt jedoch die Grundlage für einen parteiübergreifenden Ansatz. Dies wurde beim Verfassungskolloquium „Ist die Verfassung von Bosnien und Herzegowina EU-tauglich?“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia (26.-29. November 2011) erneut deutlich.<sup>36</sup>

Mit einer zügigen Implementierung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes ist daher zwar nicht zu rechnen. Allerdings haben die Parteivorsitzenden ihre Entschlossenheit bekräftigt, das Urteil umzusetzen.<sup>37</sup> Ihnen wird auch nichts anderes übrig bleiben. Die EU hat bei ihrem Gipfel am 8.-9. Dezember 2011 die bisherigen Bemühungen zwar positiv bewertet, es seien jedoch weitere Anstrengungen notwendig.<sup>38</sup> Seit Oktober 2011 bemühte sich eine parlamentarische Interimskommission, die Differenzen zwischen den Parteien zu überbrücken. Die Ergebnisse der parlamentarischen Kommission dienen als Indikator, ob die EU Bosnien und Herzegowina genügend Anstrengungen bei der Anpassung seiner Verfassung an die Europäische Menschenrechtskonvention be-

<sup>30</sup>Es geht um die Umsetzung des Annex VII des Daytoner Friedensvertrags: The General Framework Agreement: ANNEX 7. Agreement on Refugees and Displaced Persons, in: Webpage of the Office of the High Representative, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=375](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=375).

<sup>31</sup> Hintergrund für die Haltung der Bosniaken und Kroaten ist, dass seit Ende des Kriegs vermutlich nur noch wenige Bosniaken in der RS leben. Die Volkszählung würde dies ans Licht bringen und damit Fragen zum ethnischen Schlüssel und machtpolitischen Proporz in den staatlichen Strukturen der RS aufwerfen, die sich nach wie vor an den Bevölkerungsdaten von 1991 orientieren. Vgl. Radio Free Europe, EU Presses Bosnia to Conduct Census in: [http://www.rferl.org/content/EU\\_Presses\\_Bosnia\\_To\\_Conduct\\_Census/1942631.html](http://www.rferl.org/content/EU_Presses_Bosnia_To_Conduct_Census/1942631.html)

<sup>32</sup> Dogovor u BiH- bolje ikad, nego nikad: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,15634651,00.html>, in dw-world.de, 29.12.2011

<sup>33</sup> Die Agentur soll künftig aus acht Mitgliedern bestehen, jeweils drei aus dem Ministerrat und zwei aus den Entitäten sowie einem Mitglied aus dem Distrikt Brcko.

<sup>34</sup> Darin stellt das Gericht fest, dass Bosnien und Herzegowina gegen mehrere Artikel der Europäischen Menschenrechtscharta verstößt und fordert Bosnien und Herzegowina auf, die Diskriminierung der sogenannten „Anderen“ in den staatlichen Strukturen aufzuheben.

<sup>35</sup> Council conclusions on enlargement/stabilisation and association process Brussels, 5 December 2011, [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/126577.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/126577.pdf).

<sup>36</sup> „Ist die Verfassung von Bosnien und Herzegowina EU-tauglich?“ Bericht zum Kolloquium, 26.-29. November, Villa la Collina, Cadenabbia, KAS-Veranstaltungsbeitrag, 9. Dezember 2011, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_29747-1522-1-30.pdf?111228123555](http://www.kas.de/wf/doc/kas_29747-1522-1-30.pdf?111228123555)

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> Council conclusions on enlargement/stabilisation and association process Brussels, 5 December 2011, [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/126577.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/126577.pdf), S. 9f.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**BOSNIEN UND HERZEGOWINA**

SABINA WÖLKNER

**4. JANUAR 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

scheinigen kann („credible efforts“). Zwar gelang es den Mitgliedern der Kommission nicht, bis Ende November einen gemeinsamen Entwurf mit den Verfassungsänderungen vorzulegen. Allerdings hatte die Parlamentarische Versammlung vor ein paar Tagen entschieden, das Mandat der Kommission zu verlängern. Diese Entscheidung ist ein positiver Schritt. Sie belegt, dass die Arbeit der Parlamentarier bereits Früchte getragen hat. Der designierte Ministerratsvorsitzende gibt sich deshalb zuversichtlich, dass es bald gelingt, die notwendigen Verfassungsänderungen zu verabschieden.<sup>39</sup>

---

<sup>39</sup> Vjekoslav Bevanda: Dogovor 'šestorke' jača optimizam za ustavne promjene, in: Moje vjesti, 4.1.2012, <http://www.mojevijesti.ba/novost/109533/Dogovor-sestorke-jaca-optimizam-za-ustavne-promjene>.